

Interpellation Nr. 82 (Oktober 2013)

13.5403.01

betreffend unverhältnismässiger Behördenpraxis an der Nauenstrasse

Der CEO der Oettinger Davidoff Group, Hans-Kristian Hoejsgaard war kürzlich an der jährlichen Generalversammlung des Arbeitgeberverbands Basel als Redner eingeladen. Während seiner Rede wusste er Unglaubliches zu berichten: Davidoff baut bekanntlich seinen Hauptsitz an der Nauenstrasse neu. Damit die Bauarbeiten reibungslos durchgeführt werden können, müssen zwei Bäume im Innenhof gefällt werden. Die Oettinger Davidoff Group hat daraufhin ein Gesuch gestellt, diese Bäume zu fällen und wollte sich gleichzeitig verpflichten, nachher wieder neue Bäume zu pflanzen. Die Behörden lehnten die Fällung der angeblich "schützenswerten" zwei Linden ab und schlugen stattdessen vor, die Nauenstrasse während eines halben Jahres für den Verkehr einspurig zu sperren.

Der Interpellant bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Trifft der Sachverhalt, welcher zwischenzeitlich auch von den Medien aufgenommen wurde, so zu?
2. Die Nauenstrasse ist eine der am meisten befahrenen Strassen in der Schweiz und eine wichtige Verkehrsachse in Basel. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die von den Behörden bevorzugte einspurige Sperrung der Weisheit letzter Schluss sei?
3. Welche volkswirtschaftlichen Kosten würden, infolge der absehbaren zusätzlichen Staus, durch die Sperrung der Nauenstrasse in etwa entstehen?
4. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass solche unverhältnismässigen Massnahmen die Standortattraktivität des Kantons verringern und negative Signale an internationale Konzerne, welche sich zum Standort Basel bekennen, aussenden?
5. Ist diese "Baumschutz"-Politik nicht etwas widersprüchlich, wenn gleichzeitig mitgeteilt wird, dass in Basel-Stadt 230 Bäume gefällt werden müssen (vgl. Medienmitteilung vom 01.10.13), welche ebenfalls schützenswert wären?
6. Welche Massnahmen werden nun tatsächlich umgesetzt?

Sebastian Frehner